

Umwelt



Umweltprobleme wie wachsende Wüsten, zerstörte Wälder und wuchernde Städte können nicht von Menschen und Menschenrechtsfragen getrennt werden, insbesondere nicht von sozialer Gerechtigkeit und Entwicklung. Dies gilt nicht nur für Afrika, sondern überall, auch für Europa. Umwelt und Menschen stehen in gegenseitiger Wechselbeziehung: Alles menschliche Handeln wirkt sich auf die Umwelt aus und die Umwelt wirkt sich auf das Leben der Menschen aus. Ein Beispiel ist der „Treibhauseffekt“. Die Verbrennung von Öl, Kohle und Gas, die seit 300 Jahren die industrielle Entwicklung in der ganzen Welt am Laufen hält, hat erheblich zur globalen Erwärmung beigetragen. Die dadurch verursachten katastrophalen Klimaereignisse, deren Zeug/innen wir in den letzten vier Jahren geworden sind, betreffen Menschen auf dem ganzen Erdball. Doch die Bewohner/innen der reichen Länder des Nordens, die im Wesentlichen für die Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich sind, können sich gegen „Naturkatastrophen“ besser schützen als diejenigen, die in den Ländern des Südens leben. Dies sind Fragen der Gerechtigkeit und daher auch der Menschenrechte.

Die kenianische Umweltschützerin Wangari Maathai erhielt 2004 den Friedensnobelpreis. Die 64-Jährige ist stellvertretende Umweltministerin ihres Landes und engagiert sich auch für Menschenrechte und Demokratie. Maathai gründete das Green Belt Movement. „Wir haben eine besondere Verantwortung für das Ökosystem dieses Planeten. Indem wir andere Arten schützen, sichern wir unser eigenes Überleben.“ Mehr als 30 Millionen Bäume haben vor allem Frauen seit 1977 in Kenia gepflanzt. Ihre grüne Bewegung schärfte nicht nur das ökologische, sondern auch das politische Bewusstsein der Bevölkerung.*

Weitere Berührungspunkte zwischen Umwelt und Menschenrechten:

- landwirtschaftliche Nutzflächen, die in Kriegen mit Landminen verseucht wurden und eine Gefahr für die menschliche Sicherheit darstellen
- Menschen, die durch Armut gezwungen sind, ihr Getreide auf wenig fruchtbarem Land oder Regenwaldboden anzubauen, und die damit zur Desertifikation und zu noch mehr Armut beitragen
- die Auswirkungen der Explosion eines Blocks des ukrainischen Atomkraftwerks Tschernobyl am 26. April 1986. Von der Katastrophe besonders betroffen sind die Ukraine mit 15 Prozent und Weißrussland (Belarus) mit 70 Prozent der radioaktiven Niederschläge. Mediziner/innen gehen davon aus, dass bis heute insgesamt etwa 70 000 Menschen in der Folge von Tschernobyl gestorben sind. Der sprunghafte Anstieg von Schilddrüsenkrebs seit 1987 ist eindeutig auf die Atom-Katastrophe zurückzuführen.*

„Wenn sich die Wüsten ausbreiten, Wälder verschwinden, Unterernährung wächst und Menschen in städtischen Gebieten unter sehr schlechten Bedingungen leben, dann nicht, weil wir zu wenig Ressourcen hätten, sondern wegen der Politik, die ihnen von unseren Regierenden, der Elite, aufgezwungen wird. Die Missachtung der Rechte und Interessen der Menschen hat zu einer Situation geführt, in der in Afrika nur noch die Armut floriert ... Nur freie Menschen mit Rechten sind reife und verantwortliche Bürger, die an der Entwicklung und am Umweltschutz partizipieren können.“
Sprecher aus dem Publikum bei der öffentlichen Anhörung der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WECD) in Nairobi, 23. September 1986

Zugehörige Aktivitäten

- Das Netzwerk des Lebens, Seite 100
- Die Geschichte zweier Städte, Seite 107
- Die Makah und der Walfang, Seite 116
- Ein Garten über Nacht, Seite 129
- Heile Welt, Seite 158
- Titelseite, Seite 220
- Unsere Zukünfte, Seite 228

Weltkatastrophen⁵² · Unsere Umwelt als Lebensgrundlage

Katastrophale Ereignisse	1996	2000
Hurrikane	62	99
Überschwemmungen	69	153
Dürren	9	46

Wir nutzen die Umwelt zur Versorgung mit Rohstoffen für die Entwicklung und als Müllkübel für unsere Abfälle. Doch zur Aufrechterhaltung des Lebens muss sie uns gleichzeitig mit stabilen Temperaturen, Sauerstoff in der Luft und sauberem Wasser versorgen. Wir leben auf einem endlichen Planeten, auf dem z.B. durch Nahrungsketten und die Wasser- und Gesteinskreisläufe alles mit allem zusammenhängt. Die Natur hat eine gewisse Elastizität, doch eine schwere Unterbrechung dieser Kreisläufe, z.B. durch Vergiftung, ungeeignete Anbauverfahren, Bewässerungsprojekte oder Überfischung destabilisiert das Gleichgewicht der Natur. Die Atom-Katastrophe von Tschernobyl in der Ukraine, das Waldsterben im Schwarzwald, die Wüstenbildung im südlichen Spanien, BSE in Großbritannien, die Verlandung des Aralsees in Usbekistan und Kasachstan und das Ilisu-Staudamm-Projekt in der Türkei – dies alles sind Beispiele dafür, wie durch die Entwicklung der Menschen die natürliche Grundlage aller wirtschaftlichen Aktivitäten und des Lebens selbst geschädigt wird.



Können Sie Beispiele in Ihrer Nähe nennen? Welche Auswirkungen haben zum Beispiel Straßenbauprojekte, der industrielle Bergbau, die Überfischung der Meere oder andere Entwicklungen auf die Umwelt im Umkreis Ihres Wohnorts?

Die Idee der nachhaltigen Entwicklung

1989 warb die UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED), auch Brundtland-Kommission genannt, für das Prinzip der „nachhaltigen Entwicklung“. Sie definierte es als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.“ Dem folgte 1992 die Erklärung der Weltumweltkonferenz der UN von Rio, in der es heißt: „Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Sie haben das Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur.“

Die eigentliche und dringliche Frage ist, wie innerhalb eines Rahmenprogramms, das die uns erhaltende Umwelt nicht zerstört, die menschenrechtlichen Probleme der Armut und der Globalisierung angegangen und das Recht auf Entwicklung verwirklicht werden können.

Ein Ansatz sind internationale Vereinbarungen über spezifische Probleme. Zum Beispiel gingen die Industrieländer 1997 beim UN-Klimagipfel in Kyoto spezifische Verpflichtungen ein, ihre Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Dort wurde viel über Ausnahmen für Entwicklungsländer gefeilscht und reichlich Kritik an der Wirksamkeit und Gerechtigkeit des Abschlussprotokolls geübt. Bislang haben die USA das Protokoll nicht ratifiziert. Auch auf dem 10. UN-Klimagipfel im Dezember 2004 in Buenos Aires kam es lediglich zu Minimalkompromissen durch die Teilnehmenden.*

Ein menschenrechtlicher Ansatz dagegen würde sicherstellen, dass die Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichheit im Zentrum aller Vereinbarungen stehen. Manche argumentieren, Umweltfragen seien durch den existierenden Menschenrechtsschutz bereits ausreichend abgedeckt, etwa durch das Recht auf Eigentum, das Recht auf Gesundheit und das Recht auf Leben. Andere sprechen von neuen oder „aufkommenden“ Umweltrechten.

Einige wollen die vorhandene Liste der Menschenrechte durch ein Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt ergänzen. So erklärt z. B. der Entwurf von Prinzipien über Menschenrechte und Umwelt von 1994: „Alle Menschen haben das Recht auf eine sichere, gesunde und ökologisch intakte Umwelt. Dieses Recht und andere Menschenrechte, einschließlich der bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte, sind universell, unteilbar und bedingen einander.“ Eine solche Forderung wird beispielsweise von Ökolog/innen kritisiert. Sie befürchten, dass wenn Leben und Gesundheit des Menschen als Ziele des Umweltschutzes gelten, die Umwelt dann ledig-

„Die Umweltbewegung kann nur überleben, wenn sie eine Gerechtigkeitsbewegung wird. Als reine Umweltbewegung wird sie entweder eingehen oder als ‚Grünwaschanlage‘ für Unternehmen überleben. Kein ernsthafter Umweltschützer kann diese Rolle aushalten. Aber als ökologische und gerechtigkeitsorientierte Bewegung hat sie unbegrenzte Möglichkeiten.“
Vandana Shiva

lich aus Gründen des menschlichen Wohlergehens geschützt wird und nur noch insoweit, als es für das Wohlergehen des Menschen notwendig erscheint. Stattdessen befürworten sie einen ganzheitlicheren menschenrechtlichen Ansatz. Sie gehen davon aus, dass die Menschen zur Biosphäre (Gesamtheit der mit Lebewesen besiedelten Schichten der Erde) gehören und ihre Pflicht gegenüber der Menschheit daher untrennbar mit ihrer Pflicht zum Schutz der Umwelt verbunden sei. Innerhalb eines größeren Rahmenkonzepts sollten menschenrechtliche Forderungen immanente Werte und die Bedürfnisse zukünftiger Generationen ebenso berücksichtigen wie die konkurrierenden Interessen von Staaten und Bevölkerungsgruppen.

Manche sind der Meinung, dass es auch „Tierrechte“ geben sollte, äquivalent zu den Menschenrechten. Nach dem Gesetz haben Tiere keine Rechte. Allerdings sind sie durch das Gesetz häufig geschützt. So gibt es beispielsweise in den meisten europäischen Ländern Gesetze zum Schutz des Wohlergehens und der Lebensbedingungen von Nutztieren. In Deutschland steht der Tierschutz seit dem 1. August 2002 im Grundgesetz. In Europa gibt es zahlreiche Initiativen, die den Tierschutz in der europäischen Verfassung verankert sehen wollen.*

Ökologische Menschenrechte

Ökologische Menschenrechte können als Reaktion auf die globale Umweltsituation gesehen werden. Sie sind ein Produkt unserer Zeit, ebenso wie die politischen und bürgerlichen Rechte ein Produkt historischer Ereignisse früherer Zeiten waren.

Ein anderes Zukunftskonzept ist das der ökologischen Menschenrechte. Dieser Ansatz versucht die Philosophie der Menschenrechte mit ökologischen Grundsätzen zu verbinden. Menschenrechte (wie die Rechte auf menschliche Würde, Freiheit, Eigentum und Entwicklung) müssen auf die Tatsache reagieren, dass der Einzelne nicht nur in einer politischen und sozialen, sondern auch in einer natürlichen Umgebung agiert. So wie jede Person den ureigenen Wert aller Mitmenschen respektieren muss, so gilt es auch den ureigenen Wert der Tiere, Pflanzen und Ökosysteme auf diesem Planeten zu respektieren.

Eine der größten Herausforderungen für die pädagogische Arbeit heute ist die Vermittlung von Respekt für die menschliche Würde und für den Wert des Lebens an sich und eines angemessenen Verhaltens. Mit anderen Worten: „Globales Denken und lokales Handeln“ und die Entwicklung neuer, nachhaltiger Lebensweisen für die Zukunft.

Partizipation von Jugendlichen und Jugendorganisationen

Schulen, Umweltorganisationen und andere Institutionen in allen Ländern bieten jungen Menschen Gelegenheit, sich aktiv für die Umwelt zu engagieren. Auf lokaler Ebene können sie ihr Heim, ihre Schule und ihren Jugendclub umweltfreundlicher gestalten und sich vor Ort in Entscheidungsprozesse einmischen. Auf regionaler und landesweiter Ebene können sie versuchen, den öffentlichen Diskurs und die politische Debatte zu beeinflussen, indem sie Briefe schreiben, Theaterstücke auf-führen und (friedlich) zu Themen demonstrieren, die sie bewegen. Auf internationaler und globaler Ebene kann durch Deklarationen sowie durch Kampagnen internationaler Organisationen wie Greenpeace Einfluss genommen werden.

Auf allen Ebenen können Jugendliche mittels Austausch im Internet, Kampagnen und globalen Gedenktagen wie dem Weltumwelttag und dem Tag der Erde partizipieren. Der Weltumwelttag am 5. Juni wurde 1972 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingerichtet. Er kann auf vielerlei Weise begangen werden, z. B. durch Straßenrallyes, Fahrraddemonstrationen, grüne Konzerte, Aufsatz- und Plakatwettbewerbe in Schulen, Baumpflanzaktionen, Recycling-Aktivitäten und Putzkampagnen. Jedes Jahr steht ein Motto im Zentrum. Bislang unter anderem: „Schützt die Natur

- an Ufern und Küsten“, „Artenschutz – gesunde Umwelt braucht natürliche Vielfalt“ oder „Zukunft
- gestalten – Natur erhalten“: www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/tdu.htm Der Tag der
- Erde am 22. April wird vom Earth Day Network koordiniert, das mit anderen Umwelt- und Men-
- schenrechtsorganisationen zusammenarbeitet, z. B. dem Sierra Club und amnesty international, um
- öffentliche Aktionen durch Gedenkveranstaltungen und Protestaktivitäten gegen die Missachtung von
- Menschenrechten und Umweltschutz zu generieren: www.earthday.net/events/events-europe.stm

Der Goldman-Umweltpreis

Der Goldman-Umweltpreis ist der weltgrößte Preis zur Ehrung der Basisarbeit von Umweltschützer/innen.

Im Jahr 2000 erhielt Oral Ataniyazova den Preis für ihre Arbeit mit Gemeinden in Usbekistan, die von der Aralsee-Krise betroffen sind. Sie konzentrierte sich auf Bildung, Fragen der Gesundheit und des Wohlergehens von Familien und Menschenrechte für Frauen und Kinder.

2001 wurde der Preis an Myrsini Malakou und Giorgios Catsadorakis vergeben, die sich für die Rettung des gefährdeten Feuchtgebiets von Préspa in Nordwest-Griechenland einsetzten. Zu ihren Leistungen gehörte die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Albanien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Griechenland zur Einrichtung des ersten grenzüberschreitenden Naturschutzgebiets auf dem Balkan, ein Vorbild für die friedliche Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern.

Die Arbeit des Europarats

- Der Europarat hat sein Umweltprogramm 1961 gestartet. Seine Aktivitäten auf diesem Gebiet kon-
- zentrieren sich auf den Natur- und Landschaftsschutz. Das Programm ist heute in die Abteilung für
- Kultur und für Kultur- und Naturerbe des Europarats integriert. Es hat drei Hauptrichtungen: die
- paneuropäische Strategie zur Erhaltung der biologischen und landschaftlichen Vielfalt, das Überein-
- kommen über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natür-
- lichen Lebensräume (Berner Konvention 1979) und die Sensibilisierung für die biologische und land-
- schaftliche Vielfalt.

- Information über und Sensibilisierung für den Umweltschutz werden durch die Publikationen des
- Europarats umgesetzt. Auch sein Netzwerk nationaler Organe trägt zur Erhaltung der biologischen
- und landschaftlichen Vielfalt bei.

Internationale Instrumente und Deklarationen

- Hier einige der vielen Verträge und anderen Instrumente, die Umwelt und Menschenrechte zum Ge-
- genstand haben und nützlich sein können:

1. Die Europäische Charta Umwelt und Gesundheit von 1989
2. Die Erklärung der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung von 1992 (Rio-Deklaration)
3. Der Deklarationsentwurf über Prinzipien von Menschenrechten und Umwelt von 1994
4. Die Erklärung von Bizkaia über das Recht auf Umwelt von 1999
5. Die Erdcharta von 2000

Quellen

Das Umweltprogramm des Europarats: www.nature.coe.int

Die Erdcharta-Initiative: www.erdcharta.de

Worldwatch: www.worldwatch.org

Zusätzliche Websites für die deutsche Ausgabe

BUND: www.bund.net

Naturschutzbund Deutschland: www.nabu.de

Robin Wood: www.robinwood.de

Greenpeace: www.greenpeace.de

„Die Rettung der Welt liegt im Herzen des Menschen, in seiner Fähigkeit zu reflektieren, seiner Bescheidenheit und seiner Verantwortung. Wir sind noch immer von dem zerstörerischen und eitlen Glauben beherrscht, der Mensch sei die Krone der Schöpfung statt ein Teil von ihr und daher sei alles erlaubt. Wir schaffen es immer noch nicht, die Ethik über Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu stellen. Wir können noch immer nicht verstehen, dass der einzige wirkliche Rückhalt für all unser Handeln – wenn es ethisch sein soll – die Verantwortung ist. Verantwortung gegenüber etwas Höherem als meiner Familie, meinem Land, meiner Firma, meinem Erfolg. Verantwortung gegenüber der Ordnung des Seins, wo alle unsere Handlungen unauslöschlich aufgezeichnet und wo sie – und nur sie allein – angemessen beurteilt werden.“

Vaclav Havel